



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 03. Februar 2009
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Claudia Spruch (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr	Ende: 19:15 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 01/09, 03/09

(Drucksachenband 134)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Vor Beginn der Sitzung gedenken die Ausschussmitglieder in einer Schweigeminute des verstorbenen Stv. Dr. Boye Claussen, der vor wenigen Tagen plötzlich verstorben ist.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0002 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0003 Genehmigung der Niederschriften vom 27.11. und 02.12.2008

Die Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses am 27.11. und 02.12.2008 werden genehmigt.

Einstimmig

Die Anträge 08-F-01-0111 und 08-F-06-0064 werden gemeinsam aufgerufen.

0004 08-F-01-0111

Vorfall an der Albrecht-Dürer-Schule
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.11.2008 -

Herr Kirchen (Staatl. Schulamt) ist zu diesen Punkten anwesend und berichtet über konstruktive Gespräche zwischen der Schulleitung, dem Ausländerbeirat, den betroffenen Eltern und dem Staatlichen Schulamt.

Er stellt noch einmal klar, dass es an keiner Wiesbadener Schule ein Verbot des Gebrauchs der Muttersprache gibt.

Es handelte sich in diesem Fall um eine von Unhöflichkeit. Beim Betreten der Turnhalle haben Schülerinnen sich in ihrer türkischen Muttersprache unterhalten, obwohl sich eine Vielzahl von Schüler/innen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern in unmittelbarer Nähe befand. Die Lehrkraft habe zwei Mal darum gebeten, dies zu unterlassen. Darauf erfolgte keine Reaktion. Die Angelegenheit habe außerdem eine Historie.

Die Schulleiterin hat sich zwischenzeitlich bei den betroffenen Eltern entschuldigt.

Die Zeit, die zwischen dem Vorfall und dem Verständigen der Eltern lag, war unverhältnismäßig lang, was die Schule bedauere. Die Kinder konnten in dieser Zeit nicht am Unterricht teilnehmen.

Das Staatliche Schulamt wird in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat eine Presseerklärung vorbereiten.

Der Antrag hat durch den Bericht seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Februar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0005 08-F-06-0064

Verbot der Herkunftssprache als Mittel der Integration?
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 26.11.2008 -

Beratung unter der vorstehenden Vorlage.

Der Antrag hat durch den Bericht seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0006 09-F-25-0009

Gegen Übergewicht bei Kindern
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.01.2009 -

Stv. Spallek begründet den Antrag.

Von Seiten der Verwaltung ist Frau Dr. Frey (Gesundheitsamt) anwesend, die darauf hinweist, dass es wegen der Kürze der Zeit keinen schriftlichen Bericht geben könne.

Nach den statistischen Zahlen ist das Übergewicht bei Kindern in den letzten Jahren grundsätzlich gleich geblieben, der Trend ist seit 2006 sogar leicht rückläufig. Man sollte aber mit der Interpretation von Statistiken zurückhaltend sein. Eine Differenzierung nach Geschlecht, Stadtteil, Migrationshintergrund usw. ist möglich.

Der Anteil der übergewichtigen Kinder liegt bei 12,5 % (vorher 11,5 %). Auch der Anteil der übergewichtigen Kinder mit Migrationshintergrund ist von 16,1 % auf 14,9 % gefallen. Die Ursache ist nicht im Migrationshintergrund, sondern eher im sozialen Umfeld zu suchen, durch das oft Mängel in den Ernährungsgewohnheiten und dem Freizeitverhalten begründet sind. Auch der Bildungsstand ist zu berücksichtigen. In Kombination mit hohen Fernsehzeiten (Bewegungsmangel) kann es zu Übergewicht kommen.

Als Konsequenz daraus empfehlen sind Präventionsangebote, um frühzeitig notwendige Änderungen anzustoßen.

In Wiesbaden ist die Zahl der Präventionsangebote sehr hoch. Es gibt z.B.:

- Stadtteilbezogene Elternbildung (z.B. Mama lernt Deutsch)
 - Tapir
 - Willkommen Baby
 - Kinder-/Eltern-Zentren
 - Viele Projekte in den Kitas (Schwerpunkt Bewegung)
 - „Voll im Leben“
 - von BKK, LHW und Land Hessen bezuschusste Projekte (Land zieht sich wieder raus)
- An fast allen Grundschulen gibt es eine Vielzahl von Projekten wie z.B. „gesundes Frühstück“, „Zu Fuß zur Schule“ - ein riesengroßes Angebot.

Jede Schule sucht sich heraus, welche Projekte sie durchführen möchte.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 03. Februar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nicht bewährt haben sich Kurse für Übergewichtige. Es gab zwar Interesse unter der Schülern, aber schon die Elternabende waren von Seiten der Eltern kaum besucht.

Programme zur Verhinderung von Übergewicht sind auf jeden Fall die bessere Alternative, bei denen den Kindern eine positive Identifikation mit einem gesünderen Lebensstil vermittelt wird.

2008 hat der Jugendgesundheitstag stattgefunden, der sich u.a. mit gesundem Essen beschäftigte. Die Tische waren immer umlagert von Kindern und Jugendlichen, die einfach auch Dinge ausprobieren konnten.

Eine Schwierigkeit besteht bei in Stadtteilen mit hohem muslimischem Bewohneranteil. Frauen und Mädchen sind selten in Sportvereinen engagiert. Der Landessportbund Hessen und die Landesregierung wollen hier einen stärkeren Zuspruch fördern.

Im Bergkirchenviertel hat man schon 2005 versucht, ein Bewegungsangebot für Schülerinnen und Mütter zu etablieren. In der Schule wurde das Angebot nicht genutzt. Jetzt ist das Angebot bei WIF angesiedelt und dort läuft es ausgezeichnet.

Als 2. Standbein sollen Migrantinnen als Übungsleiterinnen ausgebildet werden. Wenn das gelingt, ist alles an guten Voraussetzungen erreicht.

Bei dem TUS Eintracht gibt es mittlerweile eine Sportleiterin, die mit gutem Erfolg arbeitet.

Stv. Klüssendorf merkt an, dass es bei der Vielzahl der Angebote schwer sein dürfte, den Überblick zu behalten und fragt, ob es eine Kontrolleinheit gibt.

Dies verneint Frau Dr. Frey, da auch die Anzahl der Anbieter überaus groß ist und es keine Stelle gibt, die alle Angebote sammelt oder koordiniert.

Stv. Schickel denkt, dass das Übergewicht bei Kindern kein spezielles Migranten-Problem ist, fragt aber nach, ob es zur Lösung von Sprachproblemen z. B Gesundheitslotsen oder spezielle Ernährungsberater gibt.

Frau Dr. Frey weist darauf hin, dass es einen engen Kontakt mit dem Integrationsbereich gäbe. Man arbeite im Steuerungskreis „Gesundheit“ zusammen, Verbesserungsmöglichkeiten werden gemeinsam angepackt. Sie dankt aber für den Hinweis und wird den Punkt noch einmal genauer prüfen.

Stv. Spallek möchte gerne wissen, welche Stadtteile besonders große Probleme haben und könnte sich vorstellen, dass dies auch an fehlenden Sporthallen liegen könne.

Das Westend ist lt. Frau Dr. Frey am stärksten betroffen durch enge Wohnungen und fehlende Spielplätze. Aber nicht alle Innenstadtteile seien gleich stark betroffen, da gäbe es Variationen.

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass der Antrag der Koalition zwar hier im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration gestellt wurde, er hält aber das Übergewicht von Kindern nicht für ein spezielles Migranten-Problem. Ähnlich wie der Bildungserfolg haben andere Variablen einen starken Einfluss auf das Essverhalten. Man sollte neben den genannten Angeboten auch materiell Dinge fördern, z.B. in den Schulen andere Bedingungen schaffen (Ganztagsschulen) mit Mensen und Kiosken. Dies setzt Räumlichkeiten voraus und qualifiziertes Personal. Man sollte dies in den bevorstehenden Haushaltsberatungen bedenken.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Februar 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Ein weiteres finanzielles Problem bestünde beim Vereinssport. Hier könnten einkommensschwache Eltern die notwendige Ausrüstung für die übergewichtigen Kinder nicht ohne weiteres beschaffen. Der Vereinsbeitrag sei das geringere Problem.

Stv. Spallek fragt nach, ob dies bedeuten solle, dass für Kinder mit Migrationshintergrund getan werde. Er sieht den Antrag als durch den umfassenden Bericht von Frau Dr. Frey als erledigt an. Ein schriftlicher Bericht sei nicht notwendig.

Stv. Schickel fragt nach, ob es Hinweise darauf gäbe, dass es am Familienetat liegt, dass dein Obst usw. gekauft werde.

Lt. Frau Dr. Frey sei dies schwierig nachzuweisen. Betroffene Eltern argumentieren zwar damit, dass finanzielle Probleme schuld daran seien, dass kaum frische Lebensmittel auf den Tisch kommen. Aber es gibt keine belastbaren Zahlen darüber. Viele ernähren sich einfach falsch, leisten sich das Falsche. Es gäbe in den Familien auch keine Ideen, wie man etwas anders machen könne. Im Grunde ist es auch nicht teurer, Obst und Gemüse zu kaufen und frisch zu kochen, wenn man die Preise von Fast-Food und nicht so hochwertigen Lebensmitteln gegenüberstellt.

Frau Rüßmann weist zu dem Einwurf von Stv. Bohrer darauf hin, dass Vereinsbeiträge z.B. durch die „Aktion Mittelpunkt“ erstattet werden können. Sponsoren hätten Geld dafür vorgesehen, dass bedürftigen Kindern der Vereinsbeiträge gezahlt werden könne. Alle Vereine seien aufgerufen worden, bedürftige Kinder zu melden.

Stv. Müller berichtet, dass die Sportvereine im letzten Doppelhaushalt gut bedacht worden seien. So wurden z.B. für jugendliche Radsportfahrer Trikots angeschafft. Nach seiner Auffassung dürfe man nicht unterschätzen, dass Übergewicht auch stark mit dem Bildungsstand zu tun hätte. Er weist noch einmal darauf hin, dass der TUS Eintracht den Migrantensport fördere, dass es aber auch andere Probleme gäbe. So dürften viele Mädchen von ihren Eltern aus nicht am Schwimmunterricht teilnehmen.

Stv. Manjura geht auch davon aus, dass gesunde Ernährung nicht teurer ist als ungesunde. Es wird aber nach seiner Auffassung Generationen dauern, bis ein Umdenken stattgefunden hat. Er hält es für sinnvoll, dass die Freude am Kochen vermittelt wird.

Stv. Bohrer geht davon aus, dass die Mittel, die Sportvereinen im letzten Haushalt zugesprochen wurden (für 200 Vereine 25.000 €) einfach zu wenig seien. Die Krautgartenschule habe z.B. trotz 10 Jahren Wartezeit bisher keine Sporthalle, die Hermann-Ehlers-Schule warte bereits 20 Jahre auf eine Sporthalle.

Vors. Spruch stellt klar, dass diese Problematik bereits in der im Ausschuss für Schule und Kultur eingehend besprochen wurde und hier für eine erneute Diskussion keine Plattform sei.

Der Antrag ist durch den Bericht von Frau Dr. Frey und die in der Sitzung geführte Aussprache erledigt.

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Februar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0007 **09-F-25-0010**
Neues Peer Education Projekt "mirror"
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 27.01.2009 -

Stv. Müller fragt nach, ob eine erste Bilanz möglich ist, Rahmenbedingungen genannt werden können, eine Finanzierung aus Bundesmitteln in Betracht kommt und welchen Umfang das Projekt hat.

Herr Jäger (Sozialdezernat) hat wegen der Kürze der Zeit keinen formalen Bericht mitbringen können, wird aber eine Projektskizze abgeben.

In diesem Projekt sollen Jugendliche zu Multiplikatoren ausgebildet werden. Die Ausbildung findet im Nachbarschaftshaus Biebrich statt. Herr Engler betreut den Bau der mobilen Ausstellung, die wie eine Wohnung aufgebaut ist. Die Materialien dazu werden auch im Nachbarschaftshaus gelagert. Im Wohnzimmer wird das Thema „Migration“ behandelt. Am 26.01. hat die erste Präsentation stattgefunden.

Der 2. Raum mit Namen Giftküche wird zur Zeit aufgebaut, die Idee umgesetzt.

Die Teilnahme ist grundsätzlich freiwillig. Zunächst haben 40 Jugendliche angefangen, mittlerweile sind einige wieder abgesprungen. Die Finanzierung liegt z.Zt. beim Amt für Soziale Arbeit. Es ist außerdem angedacht, das Projekt im Rahmen der Interkulturellen Woche vorzustellen.

Nach dem groben finanziellen Rahmen befragt teilt Herr Jäger mit, dass ca. 20.000 € anfallen werden, wobei davon auch die Honorarkräfte, die Fahrt nach Berlin usw. finanziert werden.

Stv. Schickel hält das Projekt für glaubwürdig und sieht darin auch den besonderen Wert. Es wird nichts präsentiert, sondern auf gleicher Ebene erarbeiten Jugendliche das Thema.

Man wird von seiner Fraktion aus die weitere Entwicklung mit Aufmerksamkeit verfolgen.

Stv. Manjura berichtet, dass es in Wiesbaden ein großes Know-How auf diesem Gebiet gäbe (z. B. Dr. Make Love) und freut sich als Biebricher um so mehr über die Ansiedlung des Projekts, weist aber darauf hin, dass das Plakat nach seiner Auffassung total hässlich sei.

Der Antrag hat durch den Bericht von Herrn Jäger und durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0008 **09-F-01-0010**
Integration von Frauen mit Migrationshintergrund./ Teilhabe am Arbeitsmarkt
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.01.2009 -

Stv. Schickel begründet den Antrag. Im Vorspann des Antrages wird die Problematik in Bezug auf Frauen mit Migrationshintergrund eingehend dargestellt. Das Rollenverständnis sei ein anderes, es käme aber auch Perspektivlosigkeit hinzu. Auf der einen Seite sei der humanitäre Aspekt zu berücksichtigen, aber auf der anderen Seite käme auch hinzu, dass das Familieneinkommen verbessert werden könne. Mit einem Alleinverdiener käme man in den Wiesbadener Verhältnissen eher schlecht über die Runden. Vielleicht könnte durch die Berufstätigkeit der Ehefrauen eine Unabhängigkeit von der Sozialhilfe erreicht werden. Er bittet um Unterstützung des Antrages.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Februar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Spallek signalisiert, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen wird.

Lt. Stv. Bohrer wird auch seine Fraktion den Antrag unterstützen. Er begründet zusätzlich den Änderungsantrag der Linken Liste, der auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abstellt.

Stv. Spallek spricht gegen den Änderungsantrag und weist darauf hin, dass gerade Jobs im Niedriglohnbereich dazu da sind, evtl. den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Gerade diese Jobs könnten hilfreich sein, um Fuß zu fassen.

Der Änderungsantrag der Linken Liste wird gegen die Stimmen der Linken Liste bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Der Hauptantrag wird in unveränderter Form wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0009 08-F-25-0067

Alkoholmißbrauch von Jugendlichen in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.05.2008 -

Zu diesem Punkt sind Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz und Herr Tischel anwesend.

Stadträtin Zeimetz-Lorz berichtet zur rechtlichen Situation, dass man sich z.B. mit Marburg nicht vergleichen könne, dort seien die Gegebenheiten andere. Beim Theatrium, besonders am Warmen Damm, wurde der Alkoholkonsum verboten und die Einhaltung des Verbotes auch kontrolliert. Man habe damit in Wiesbaden Neuland betreten. In den Jahren vor dem Verbot hat es lt. Polizei eine hohe Anzahl von Straftaten gegeben, nach dem Alkoholverbot ging die Zahl gegen Null. Auch 2009 wird es beim Theatrium ein Alkoholverbot geben. Begleitend dazu finden Jugendschutzkontrollen zur stärkeren Sensibilisierung statt.

Beim Platz der deutschen Einheit wären die Gegebenheiten anders, da hier nicht nur Jugendliche betroffen bzw. angesprochen seien. Dort habe man ein generelles Alkoholverbot verhängt. Nach einem Jahr werde Bilanz gezogen und über ein weiteres Verbot von Alkohol entschieden. Man habe mobile Wachen eingerichtet, versucht, den betroffenen Personenkreis aufzuklären. Nach 2 Wochen habe man auch Platzverweise erteilt. Völlig alkoholfreie Bereiche wird es nicht geben können, aber eine Verbesserung werde angestrebt und habe sich auch ergeben. Man müsse aber auch sagen, dass es Verdrängungseffekte gegeben habe. Betroffene Personen seien z.B. an den Luisenplatz abgewandert, wobei dort der Personenkreis zahlenmäßig kleiner sei. Stadträtin Zeimetz-Lorz wird nach 6 Monaten einen weiteren Sachstandsbericht im Ausschuss geben.

Stv. Schickel bestätigt, dass die Situation am Platz der deutschen Einheit verbessert wurde, aber der Verdrängungseffekt dürfe nicht vernachlässigt werden. Er weiß von erheblichen Bürgerklagen, es gäbe Verdrängungen in immer weitere Bereiche. Man müsse ja wissen, dass sich die betroffenen Personen nicht in Luft aufgelöst haben. Man könne die Situation nicht allein ordnungsrechtlich in den Griff bekommen; dies sei zwar kein falscher Schritt, aber es fehlen Sozialkonzepte. Wisse man, was das für Leute sind, welche Möglichkeiten der individuellen Hilfe es gäbe, ob es evtl. Aufenthaltsmöglichkeiten gäbe? Hier müssten die betroffenen Dezernate zusammenarbeiten.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Februar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz bestätigt, dass die betroffenen Dezernat VI (Soziales) und VII (Integration) auf jeden Fall zusammenarbeiten. Auf Nachfrage teilt sie mit, dass nicht alle Personen, die vom Alkoholverbot betroffen sind, Wiesbadener sind. Ein Großteil hat einen festen Wohnsitz, ein kleinerer Teil nicht. Die Menschen, die sich zusammenfinden, suchen in der Gruppe Kommunikation. Es wurde zwischenzeitlich ein Runder Tisch gebildet, der sich u.a. damit beschäftigt, wie sich die Situation der betroffenen Personen entwickelt, wie sich die Verdrängung auswirkt, wo kann man Personen nachts unterbringen, was passiert mit Personen, die alkoholisiert aufgefunden werden usw. Auch das Gesundheitsamt müsse eingebunden werden.

Stv. Konaka weist darauf hin, dass auch die Bereiche Reisinger-Anlagen, Hauptbahnhof und Adolfsallee von Personen aufgesucht werden, die Alkohol konsumieren. Es seien auch viele Jugendliche darunter, es nähme Dimensionen an, die die Bevölkerung beunruhigen.

Lt. Stadträtin Zeimetz-Lorz sei das Ganze ein sehr vielschichtiges Thema. Am Hauptbahnhof seien kaum Wiesbadener zu finden. Es gäbe außerdem viele Läufer, die in großen Umkreisen unterwegs seien. Man müsse davon ausgehen, dass man nicht alle Personen aus dem Stadtgebiet entfernen könne, aber der Platz der deutschen Einheit sei deshalb ein wichtiger Punkt gewesen, da hier der Busbahnhof, Schule und Kita und damit auch viele Kinder und Jugendliche anzutreffen seien, daher musste dort zuerst eingegriffen werden.

Herr Tischel verdeutlicht die Situation anhand eines Power-Point-Vortrages, der den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

Stv. Klüssendorf fragt nach, ob sie es richtig verstanden hätte, dass die Jugendlichen froh gewesen seien, die kontrollierenden Beamten zu sehen.

Lt. Herrn Tischel sei dies so nicht zu verstehen. Dazu müssten Suchthelfer befragt werden.

Auf Nachfrage teilt Herr Tischel mit, dass Kontrollen beim Weinfest nicht nötig seien, da dort kaum Jugendliche anzutreffen seien und dies auch auf die Gibber Kerb zuträfe.

Stv. Spallek fragt nach geplanten Testkäufen von Alkohol. Die haben lt. Herrn Tischel noch nicht stattgefunden, damit werde aber demnächst begonnen.

Auf jugendliche Randalierer in der Fußgängerzone angesprochen teilt Herr Tischel mit, dass man nicht überall kontrollieren könne, dass aber konkreten Hinweisen nachgegangen werde.

Stv. Manjura erzählt über hohes Bußgeld, das in Queensland (Australien) Verkäufern von Alkohol an Jugendliche droht (bis zu 40.000 Dollar).

Lt. Herrn Tischel könne man dies nicht verallgemeinern. In der BRD richte sich die Höhe des Bußgeldes nach dem Einzelfall, der Schwere des Vergehens, nach der Finanzkraft des Lokals und z.B. nach möglichen Wiederholungsfällen.

Der Ausschuss bittet um erneuten Bericht in ca. 1 Jahr.

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Februar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0010 08-A-21-0002

Sachstand zum Bürgerbüro
- Bericht des Dezernates für Bürgerangelegenheiten und Integration -

Der mündliche Bericht von Frau Paul (Einwohner- und Integrationsamt) wird zur Kenntnis genommen, wonach

- die im Bürgerbüro vorhandenen Flächen schon jetzt nicht ausreichen und die räumlich Unterbringung von ELW nicht möglich sein dürfte,
- das Bürgerbüro monatlich von 10.000 bis 11.000 Besucher/innen aufgesucht wird,
- die am meisten frequentierte Zeit der Vormittag (10 Uhr bis 13 Uhr) mit 85 bis 120 Besuchern pro Stunde ist, nach 14 Uhr der Besucherstrom stark abnimmt,
- trotz ständiger Information über die am meisten frequentierten Zeiten mit gleichzeitiger Bitte, das Bürgerbüro zu anderen Zeiten aufzusuchen, keine Veränderungen in den Besucherströmen eingetreten sind,
- durch die große Besucherzahl am Vormittag der Datenschutz an seine Grenzen stößt,
- eine Entzerrung des Besucherandrangs durch geänderte Öffnungszeiten (früherer Beginn, früheres Ende) möglich sein könnte,
- im Moment die Evaluierungsphase gemeinsam mit dem Personalrat gestartet wird,
- eine Online-Terminvereinbarung von zu Hause aus angeboten wird,
- unter den vorhandenen Gegebenheiten noch kein optimaler Service geboten werden kann.

Einstimmig

0011 08-V-33-0007

Projekt MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung schließt sich der Beschlussfassung des Revisionsausschusses nicht an.

Stadträtin Zeimetz-Lorz wird dem Ausschuss im Mai den vom Revisionsausschuss erbetenen Bericht zum Projektstand geben.

Einstimmig

0012 09-V-10-0003

Zuschüsse für Stadtteilpartnerschaften

Einstimmig

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Februar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0013 08-V-30-0009

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk IV
Wiesbaden-Frauenstein

Einstimmig

0014 08-V-30-0010

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I

Einstimmig

0015 Verschiedenes

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass ab März 2009 jeden Samstag im Hallenbad Kostheim
Frauenschwimmen von 17 Uhr bis 20 Uhr zunächst befristet auf 2 Jahre angeboten wird.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .03.2009

Vorsitzende

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spruch

Karpidou

Koba